



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mahlke, A.: Zur Frage der großstädtischen Personalsteuer

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Frage der großstädtischen Personalsteuer

Von A. Mahlke



In Heft 17 dieser Zeitschrift habe ich die Einführung einer Personalsteuer in den Großstädten vorgeschlagen. Diese Steuer sollte von jedem Arbeitgeber für den Kopf des von ihm beschäftigten Personals entrichtet und nach der Größe der Städte abgestuft werden. Die höhern Stufen, die in den größern Städten gefordert würden, sollten erst nach angemessenen Zeiträumen erhoben werden, damit sich das Wirtschaftsleben dieser Maßregel allmählich anpassen könnte. Der Zweck dieser Steuer besteht darin, die Industrie zu einer weitem Übersiedlung aus den Großstädten in die Kleinstädte und auf das Land zu veranlassen und auf diese Weise das Wachstum der Großstädte einigermaßen einzuschränken.

Dieser Vorschlag hat in einem großen Teile der deutschen Presse Widerspruch gefunden, aber der Widerspruch ist nirgends sachlich begründet worden. Die meisten Zeitungen haben den Vorschlag in der Art entstellt wiedergegeben, daß sie behaupteten, die Maßregel bezwecke, die Industrie aus den Großstädten zu vertreiben. Hiervon kann im Ernste gar keine Rede sein, denn die vorgeschlagenen Steuersätze sind viel zu niedrig, als daß sie auf die Industrie direkt einen wirtschaftlichen Zwang auszuüben vermöchten. Eine Maßregel, die in solcher Weise eine Entvölkerung der Großstädte herbeiführen könnte, würde mit Recht die größten Bedenken finden.

Eine Entwertung des großstädtischen Grundbesitzes muß unbedingt vermieden werden, denn dadurch würde eine schwere Wirtschaftskatastrophe verursacht, die zu einem allgemeinen Zusammenbruch führen könnte. Abgesehen von den ungeheuern Summen, die als Hypotheken von Privatpersonen in städtischen Grundstücken eingetragen sind, haben wir in Deutschland den Betrag von zehn Milliarden Mark in Pfandbriefen der Hypothekenbanken, für die der Wert des städtischen Grundbesitzes die Sicherheit ist. Die Vernichtung dieser Kapitalsummen würde ganz unübersehbare Folgen haben. Die Großstädte müssen also in ihrer jetzigen Größe erhalten bleiben und müssen auch weiter wachsen, damit sie imstande sind, ihren Aufgaben im Staats- und Wirtschaftsleben zu genügen; nur ist es wünschenswert, daß dies nicht in demselben

Maße wie in den letzten Jahrzehnten geschehe, und dies liegt im Interesse der Städte selbst.

Die Industrie kann die vorgeschlagenen Steuerfäge sehr wohl ertragen, denn sie erträgt die viel höhere Belastung, die ihr durch die hohen Miet- und Bodenpreise der Großstädte auferlegt wird. Die Miete der Räume für Gewerbezwecke ist in den Großstädten viel beträchtlicher geworden, als die Wohnungsmieten gestiegen sind. Nach den Angaben des bekannten Großindustriellen und Sozialpolitikers Heinrich Freese werden in den großstädtischen industriellen Unternehmungen durchschnittlich 40 Prozent der Betriebsüberschüsse durch die Miete aufgezehrt. Ein Beispiel für die Größe der Belastung, die die Großstädter durch das Ansteigen der Bodenpreise erleiden, hat der verstorbene Nationalökonom Paul Voigt angegeben. Dieser hat festgestellt, daß im Jahre 1895 die Bevölkerung der Stadt Charlottenburg für die Verzinsung der gesteigerten Bodenwerte für den Kopf einen Betrag von 50 bis 60 Mark aufzubringen hatte, während die Staatssteuer nur 21 Mark für den Kopf betrug. Die wirtschaftliche Lage der Stadt Charlottenburg mag wegen der besonders wohlhabenden Bevölkerung etwas abnorm und deshalb nicht für alle übrigen Großstädte ohne weiteres maßgebend sein, dennoch kann man annehmen, daß das Verhältnis der Belastung durch die Bodenrente und durch die Staatssteuer überall ähnlich sein wird. Wenn nun die Industrie in den Großstädten bei einer solchen Belastung noch rentabel ist, dann wird sie es auch bei Einführung der Personalsteuer bleiben.

Trotzdem würde die Steuer auf einen Teil der Industrie in dem gewünschten Sinne einwirken, aber nicht als wirtschaftlicher Zwang, sondern durch die allgemeine Abneigung gegen das Steuerzahlen und durch die Konkurrenz zwischen den Fabrikanten der Großstädte und denen in den übrigen Landesteilen. Es läßt sich auch angeben, welcher Teil der Industrie dies sein wird. Sombart gibt hierfür in seinem Werke „Der moderne Kapitalismus“ einen sichern Hinweis, er sagt dort (Bd. II, S. 219):

Wir beobachten schon seit einigen Jahrzehnten als eine allgemeine Erscheinung in allen Kulturländern den Exodus wichtiger Industrien aus den größten Städten. Was wir heute an Industrien in den Großstädten antreffen — immer abgesehen selbstverständlich von der ständig wachsenden Industrie, die den lokalen Bedarf deckt —, werden wir füglich in drei Kategorien teilen können:

1. solche, die dem Beharrungsgesetz ihre Weiterexistenz an dem einmal gewählten Standpunkt verdanken, und das sind gewiß nicht die wenigsten;

2. solche, die gegen die Schädigung durch die Grundrente unempfindlich sind, sei es daß sie die durch diese bewirkte Verteuerung nicht zu fürchten brauchen (Industrien, die sehr kostbaren Rohstoff verarbeiten, wie Gold- und Silberwarenfabriken, oder die durch Qualitätsarbeit dem Rohstoff einen sehr hohen Wert zusetzen, wie viele Luxusindustrien, namentlich aber die Kunstgewerbe: Kunstschlerei, Kunstschlosserei usw.), sei es daß sie imstande sind, die Lasten der Grundrente auf andre (Arbeiter!) abzuwälzen; das ist der Fall bei allen Hausindustrien, die deshalb, begünstigt durch die Existenz eines besonders ausbeutungsfähigen Menschennaterials — Weiber! tiefer stehende Rassen! —, heute zu den Hauptvertretern der großstädtischen Industrien gehören; ein Zeichen, daß deren Weiterexistenz schon als ein Krankheitsymptom zu betrachten ist;

3. solche, die ihrer Natur nach die Großstadt nicht entbehren können, vielleicht wegen des hier allein vorhandenen hochentwickelten Geschmacksgefühls u. dergl.

Zu dieser letzten Kategorie gehören, wie Sombart sagt, sicher heute nur noch wenige, und ihre Zahl wird wiederum in dem Maße geringer, als sich die Kultur auch außerhalb der großen Städte verbreitet.

Die zweite Kategorie, die schon gegen die Grundrente unempfindlich ist, würde dies in bedeutend höherem Maße gegenüber der viel geringern Personalsteuer sein. Es kommt also für die Übersiedlung aus den Großstädten nur die erste Kategorie in Betracht. Diese ist hauptsächlich deswegen in den Großstädten geblieben, weil ihre Betriebe auf eigenem Boden stehn, und weil sie aus diesem Grunde die steigende Last der Grundrente nicht empfindet. Sie würde auch fernerhin nach Einführung der Personalsteuer in der Großstadt bleiben, solange sie nicht zur Erweiterung ihres Betriebes genötigt ist. Sobald dieser Fall eintritt, muß der Betrieb wenigstens zu einem Teile seinen bisherigen Standort verlassen, da das direkt angrenzende Gebiet wegen seines hohen Ankaufspreises nicht in Frage kommt. Meist wird der neue Betrieb dann auf dem unmittelbar an das großstädtische Weichbild angelagerten Terrain errichtet, wo die Bodenpreise noch einigermaßen niedrig sind. Der Grund hierfür liegt einerseits darin, daß man nicht gern weiter als nötig geht, und andererseits darin, daß man auf diese Weise mit der Übersiedlung zugleich eine vorteilhafte Bodenspekulation verbinden kann. Nach einigen Jahren ist die sich weiter ausdehnende Großstadt um den neuen Betrieb wieder herumgewachsen, und der gesamte Boden in dieser Gegend bedeutend im Werte gestiegen. Auf diese Weise bilden sich in der Umgebung der Großstädte neue industrielle Vororte.

Nur auf diesen Teil der Industrie, der schon durch seine wirtschaftliche Entwicklung zur Veränderung seines Standorts genötigt ist, wäre es möglich, durch die großstädtische Personalsteuer einzuwirken. Die Bezirke für die Steuererhebung müßten so weit ausgedehnt werden, daß die den Großstädten nächstliegende Terrainzone mit eingeschlossen würde. Die politischen Stadtgebiete sind sehr verschieden abgegrenzt, sodaß die Größe des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Raumes zwischen weiten Grenzen schwankt. Im Jahre 1900 betrug er für Posen 8,4 Quadratmeter, für Straßburg dagegen 305 Quadratmeter. Es müßte eine untere Grenze für das großstädtische Steuergebiet in angemessener Größe festgesetzt werden. Nimmt man als solche etwa 400 Quadratmeter für den Kopf der Bevölkerung, so füllt das Gebiet für Groß-Berlin den Raum eines Kreises von 20 Kilometern Radius aus. Es würden also die den Großstädten angrenzenden Gemeinden so weit dem Steuergebiet anzuschließen sein, bis dieses die vorgeschriebne Größe erreicht. Hierbei könnten dann die Gegenden bevorzugt werden, die sich durch landschaftliche Schönheit auszeichnen, und den Großstädtern blieben diese Gegenden als Stätten der Erholung erhalten.

Die Großstädte werden also trotz der Personalsteuer ihre Industrie im wesentlichen behalten können, nur würde diese sich nicht in demselben Maße wie bisher vermehren. Während die neuen Betriebe jetzt etwa 10 Kilometer weit vom Orte der alten errichtet werden, würde man in Zukunft vielleicht 30 Kilometer oder mehr mit ihnen hinausgehn, eine mehr oder minder große Strecke über die Grenze des Steuergebiets hinaus. Dort würde man von der

Personalsteuer befreit sein, und so wäre dieser Umstand eine Prämie für die weitere Hinausverlegung des Betriebes. Zugleich wäre dies ein Ersatz für den Gewinn, der andernfalls bei Ansiedlung in der Nähe der Großstadt aus der Steigerung des dortigen Bodenwertes zu erhoffen gewesen wäre.

In der Umgebung jeder Großstadt bliebe dann gerade die Gebietszone, die jetzt vorzugsweise von industriellen Unternehmungen besiedelt wird, frei von diesen. Dafür würde sich diese Zone, wenn auch etwas langsamer, mit Gebäuden für Wohnzwecke bedecken, da die Großstädte, wie Sombart an dem angeführten Orte nachweist, trotz dem Auszug der Großindustrie weiterwachsen. An Stelle der Industrievorstädte würden Gartenvorstädte die Großstädte von allen Seiten umgeben, während die Ansiedlung der neuen industriellen Betriebe in den Ortschaften jenseits dieser Zone erfolgte, deren geschäftliche Leitung dagegen in der Großstadt auch weiterhin ihren Sitz hätte. Ist diese Bewegung dann einmal eingeleitet, so wird sich die Industrie immer mehr auf das Land verbreiten.

Gegen diesen Vorschlag ist eingewandt worden, er erwecke verfassungsrechtliche Bedenken. Solche Bedenken dürften schwerlich ernst genommen werden. Wir haben schon eine ganze Reihe von Steuern, die nur in Großstädten erhoben werden, die Warenhaussteuer, die Börsensteuer usw. Dagegen sind von jeher fast alle Maßregeln des Staats darauf berechnet gewesen, das Anwachsen der Großstädte zu fördern.

In frühern Zeiten wurden zu diesem Zwecke den Städten besondere Privilegien verliehen; sie erhielten das alleinige Stapelrecht, nur in ihnen durften Märkte abgehalten werden, während diese in den übrigen Landesteilen verboten wurden, und dergleichen mehr. Auch direkte pekuniäre Unterstützungen wurden ihnen zuteil. Sogar der sparsame König Friedrich Wilhelm der Erste zahlte Bauprämien für die Errichtung von Häusern in Berlin, und Friedrich der Große ließ den Berlinern sogar Hunderte von Häusern auf Staatskosten erbauen.

In der Gegenwart geschieht die Begünstigung der Großstädte in der Form, daß von den Staatseinnahmen, die durch Steuern im ganzen Lande aufgebracht werden, weitaus der größte Teil in den Großstädten ausgegeben wird, während nur ein geringer Betrag auf indirektem Wege wieder in die übrigen Landesteile zurückfließt. Von den Staatsbeamten, deren Zahl sich in neuerer Zeit sehr bedeutend vermehrt hat, wohnen die meisten und höchst besoldeten in den Großstädten. Alle Jahre läßt der Staat neue große Gebäude in den Großstädten aufführen und neue Institute für wirtschaftliche, wissenschaftliche und künstlerische Zwecke einrichten. Dazu kommt die Verbesserung der Verkehrsmittel zugunsten der Großstädte und vieles andre. So ist jeder Vorschlag eines Staatshaushalts ein Ausnahmegesetz zur Beförderung des Anwachsens der Großstädte. Die Personalsteuer wäre nur ein mäßiges Äquivalent, das die Großstädte für alle diese Vergünstigungen zu leisten hätten.

Dieses ständige Eingreifen des Staats in das Wirtschaftsleben zugunsten der Großstädte würde an sich unbedenklich sein, wenn es nicht weitere Folgen hätte, die in demselben Sinne wirkten. Die Begünstigung der Großstädte

durch den Staat ist die erste und dauernde Ursache des „Zugs nach der Großstadt.“ Es mögen neuerdings noch mancherlei andre Ursachen für diese Erscheinung der modernen Zeit hinzugekommen sein, dennoch ist nur das Eingreifen des Staats in das Wirtschaftsleben die wirklich grundlegende und bleibende Ursache hierfür. Die wirtschaftliche Bevorzugung der Großstädte veranlaßt alljährlich viele Hunderttausende von Menschen, in diesen ihr Glück zu suchen, sodaß hier fortgesetzt neue Unternehmungen entstehen.

Die in die Großstädte zuwandernden sind nach Ausweis der Statistik in der Regel in dem Lebensalter vom fünfzehnten bis zum fünfundzwanzigsten Lebensjahr. Auf dem Lande und in den kleinen Städten sind die Kosten für ihren Unterhalt in der Jugend und für ihre Erziehung aufgebracht worden, während ihre gesamte Arbeitskraft den Großstädten zugute kommt. Schätzt man den Betrag dieser Kosten für den Kopf nur auf 1000 Mark (eine sehr niedrige Schätzung!), so ergibt sich, daß den Großstädten auf diese Weise alle Jahre Hunderte von Millionen Mark zugeführt werden, während die kleinen Städte und das platte Land um denselben Betrag ärmer werden.

Der Zuzug in die Großstädte vermehrt den Kapitalreichtum in diesen aber noch in anderer Weise. Durch ihn wird nämlich das Ansteigen der großstädtischen Bodenpreise verursacht. Von Paul Voigt ist zum Beispiel nachgewiesen worden, daß von den 100000 in dem Jahrzehnt 1887 bis 1897 nach Charlottenburg zugewanderten jede hinzukommende Person den Charlottenburger Grundbesitzern einen durchschnittlichen Wertzuwachs von 2500 Mark gebracht hat, und daß dort dementsprechend eine Steigerung des Bodenwerts um mehr als 250 Millionen Mark in diesem kurzen Zeitraum eingetreten ist. Ähnliche wenn auch wohl nicht ganz so große Bereicherungen haben sämtliche übrigen Großstädte erfahren. Für diese sich in ihrem Gesamtbetrage auf viele Milliarden belaufende Kapitalvermehrung in den Großstädten müssen die Landbewohner die Zinsen aufbringen helfen, da auf den Preis der Waren, die in den Städten eingekauft werden, die Mietpreise in Gestalt von Geschäftskosten aufgeschlagen sind.

Es ist hiernach wohl ohne weiteres klar, daß bei Fortdauer dieser Zustände die Großstädte immer reicher an Menschen und Kapital werden müssen, das platte Land dagegen und die Kleinstädte immer ärmer in beiderlei Hinsicht. Im achtzehnten Jahrhundert war die Begünstigung der Großstädte vollauf berechtigt, weil sich diese erst entwickeln mußten, um Mittelpunkte einer höhern Kultur werden zu können, aber eine Fortdauer dieser Begünstigung in der Gegenwart muß die bedenklichsten Folgen haben, wenn der Staat den Wirkungen seines ständigen Eingreifens in das Wirtschaftsleben nicht in irgendeiner Weise Hemmungen entgegensetzen will. Was in frühern Jahrhunderten segensreich war, wird in der Gegenwart mehr und mehr verderblich. Hier gilt wieder einmal das Wort: „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage.“ Wer in heutiger Zeit die Begünstigung des Anwachsens der Großstädte vom Staate für berechtigt erklärt und entrüstet ist über jeden Vorschlag, diese Bewegung einzuschränken, der ist ein Reaktionär und steht in seinen wirtschaftlichen Anschauungen noch auf dem Standpunkte des achtzehnten Jahrhunderts.

Von den Geographen ist darauf hingewiesen worden, daß wir in Deutschland drei große städtearme Gebiete haben. Das erste umfaßt die östlichen Provinzen Preußens, das zweite bildet Hannover mit den angrenzenden Teilen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg, das dritte die bayrische Donauebene. Die Städtearmut dieser drei Gebiete ist offenbar auf die Anziehungskraft der drei Großstädte Berlin, Hamburg und München zurückzuführen, die aus diesen Gebieten vornehmlich ihre Menschen- und Kapitalkraft geschöpft haben. Falls die Anziehungskraft der Großstädte nicht etwas eingeschränkt wird, müssen sich diese Gebiete immer weiter ausdehnen und immer mehr verarmen.

Die hierin liegende Gefahr für unser gesamtes Wirtschaftsleben ist offenbar schon seit langem von den Staatsbehörden erkannt worden. Darauf deuten die Miquelsche Steuerreform und alle die Maßregeln, die in der Presse als „Liebesgaben für die Landwirtschaft“ bezeichnet werden. Dennoch muß man fürchten, daß alle diese Mittel versagen werden, da sie viel zu unbedeutend sind gegenüber den ungeheuern Vorteilen, die den Großstädten aus ihrer wirtschaftlichen Begünstigung zufließen.

Die Wirtschaftsbewegung, die die Konzentration der Bevölkerung und des Kapitals in den Großstädten zur Folge hat, würde gerechtfertigt erscheinen, wenn die im übrigen Landesgebiete hierdurch bewirkten Nachteile durch gleichwertige Vorteile in den Großstädten ausgeglichen würden. Aber dies ist keineswegs der Fall. Das rapide Anwachsen der Großstädte nötigt diese zu verhältnismäßig großen Ausgaben. Die Verwaltung einer Stadt scheint relativ um so teurer zu werden, je größer sie wird. Für zehn Städte von je 100 000 Einwohnern stellt sie sich billiger als für eine Millionenstadt, da sich alle städtischen Anlagen bei der Erweiterung über eine gewisse Größe hinaus für den Kopf der Bevölkerung mehr und mehr verteuern. Eine Folge des überraschenden Anwachsens sind für die Großstädte die steigenden Gemeindesteuern und die anschwellende Verschuldung. Auch die Stadt Berlin, die sich solange einer glänzenden wirtschaftlichen Lage erfreute, sieht sich schon einer Finanzkatastrophe gegenüber.

Die Großstadtbewohner müßten nach Art der Yankees von einer Millionenmanie besessen sein, wenn sie mit einer Einschränkung der Zuwanderung, die ihnen von wenig Ausnahmen abgesehen nur Nachteile bringt, nicht einverstanden sein wollten. Gleichwohl haben sich die großstädtischen Zeitungen fast ausnahmslos gegen meinen Vorschlag ausgesprochen. Diese Erscheinung läßt sich teilweise wohl durch den Einfluß der großstädtischen Bodenspekulation auf die Presse erklären. Von Paul Voigt werden in seinem Werke „Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin“ die Privatpersonen ihrem Berufe nach namhaft gemacht, die neben den großen Terraingesellschaften an den Gewinnen aus der Bodenspekulation in Charlottenburg und den westlichen Berliner Vororten teilgenommen haben. Hierzu gehört auch „ein bekannter Zeitungsverleger.“ Daß ein solcher seinen Einfluß auf die Presse zur Förderung seiner mit der Bodenspekulation verknüpften persönlichen Interessen benutzt, ist begreiflich.

Die von der großstädtischen Presse abgegebenen Urteile werden von den Zeitungen in der Provinz kritiklos nachgedruckt. So kommt es denn, daß

sich auch die Zeitungen in den Klein- und Mittelstädten gegen meinen Vorschlag ereifert haben, unter andern auch eine Kottbuser Zeitung. Die Stadt Kottbus hatte nun 1895 38043 Einwohner und 1900 deren 39327. Wenn Kottbus in dieser Weise weiter wächst, wird es erst nach vierzig Jahren die Zahl von 50000 Einwohnern erreichen und also erst dann für die vorgeschlagene Personalsteuer in Frage kommen. Ob es aber bei Fortdauer der gegenwärtigen Zustände je so weit angewachsen wird, ist wenig wahrscheinlich. In dem Zeitraum von 1895 bis 1900 hat die Einwohnerschaft von Kottbus um drei Prozent zugenommen, die des Deutschen Reichs aber fast um acht Prozent. Wenn Kottbus in seiner Zunahme so sehr zurückgeblieben ist, obgleich man bei einer solchen Industriestadt ein viel größeres Anwachsen zu erwarten berechtigt ist, so ist dies nur dadurch zu erklären, daß Berlin und andre Großstädte einen Teil der Bevölkerung von Kottbus an sich gezogen haben. Der Stadt Kottbus droht also dasselbe Schicksal wie so mancher andern Stadt in den Ostprovinzen, daß sie verkümmert. Wunderbar ist es aber, daß der Redakteur einer Kottbuser Zeitung das Interesse der Berliner Bodenspekulanten höher wertet als das seiner eignen Mitbürger.

Doch nicht nur Privatinteressen, sondern auch parteipolitische Rücksichten haben eine unbefangene Beurteilung meines Vorschlags verhindert. Dies ist der Fall, wenn eine angesehenere in Berlin erscheinende Zeitung zu demselben bemerkt:

„Ein Schneidermeister z. B., der sich jetzt mit drei Gesellen abquält, ohne kaum das Notwendigste zu verdienen, würde bei einer Personalsteuer von 36 bis 108 Mark jährlich nicht mehr existieren können. Genügen seine Leistungen den Ansprüchen des Luxus, so gelingt es ihm vielleicht, höhere Preise zu erzielen, andernfalls muß er mit der Industrie aufs Land ziehen.“

Dieser unglückselige Schneidermeister hat mit seinen drei Gesellen die Kunde durch einen großen Teil der Presse Deutschlands gemacht, und doch existiert er schon seit einer Reihe von Jahren in keiner Großstadt mehr. Wer sich in einer solchen einen neuen Anzug anschaffen will, der muß sich in ein Ladengeschäft bemühen; dort wird ihm Maß genommen, und dann wird der Rock dem Rockschneider, die Weste dem Westenschneider, die Hose dem Hosenschneider in Auftrag gegeben. Diese drei Leute stellen daheim in ihrem Kämmerlein das Kleidungsstück her, und der Kunde muß schließlich zufrieden sein, wenn die drei Kleidungsstücke mehr oder minder gut zueinander passen. Der Ladenbesitzer, der sich in neuerer Zeit zwischen den Handwerksmeister der alten Art und die Kundschaft gedrängt hat, zahlt vielleicht 5000 oder gar 50000 Mark Ladenmiete, was bedeuten ihm da die wenigen Mark, die er für sein Ladenpersonal an Steuer zu entrichten haben würde? Der wirkliche Schneidermeister, der mit seiner Kundschaft direkt verkehrt, ist aber in den Großstädten schon seit vielen Jahren kaum noch vorhanden.

Offenbar beabsichtigen die Zeitungen mit diesem Einwand für die Erhaltung des Mittelstands einzutreten. Dieser ist in dem Typus des selbständigen Schneidermeisters nur noch in Klein- und Mittelstädten vorhanden. Wer also dem Mittelstand den Existenzboden erhalten will, der muß für die

wirtschaftliche Kräftigung der Klein- und der Mittelstädte wirken und für die Entwicklung neuer kleiner Gemeinwesen. Daß in den Großstädten solche Handwerker nicht mehr leben, dürfte den Zeitungsredakteuren aus eigener Erfahrung hinlänglich bekannt sein. Wenn sie also mit ihren Bestrebungen ernst genommen sein wollen, täten sie gut, sich der wirklich lebenden Menschen anzunehmen und nicht für Phantasiwesen zu streiten.

Die in den Großstädten noch vorhandnen Überreste des Mittelstands von wirklich selbständigen Kleinhändlern und Handwerkern werden von der fortwährend steigenden Last der Laden- und Werkstättenmiete erdrückt. Wer diesen schwer um seine Existenz ringenden Teil der Bevölkerung erhalten will, kann dies nur, indem er ein weiteres Ansteigen der Bodenrente verhindert. Und dies würde durch die Personalsteuer bewirkt, die die Zuwanderung in die Großstädte einschränkte. Die Personalsteuer würde ferner für diese Klassen keine unerträgliche Last sein, da sie viel geringer ist als die Belastung durch die Miete und schon in der Verhinderung einer einzigen Mietsteigerung einen vielfachen Ausgleich fände. Andererseits würde die Personalsteuer den Mittelstand gerade in seinem Konkurrenzkampf gegenüber dem Großunternehmertum stärken, da dieses durch die Personalsteuer nicht nur absolut, sondern auch relativ stärker belastet wird. In dem Kleinbetriebe macht die steuerfreie persönliche Arbeitsleistung des Handwerkers oder Kleinhändlers einen viel größeren Anteil an der Gesamtleistung aus als in dem Großbetriebe die des Unternehmers. Die Personalsteuer würde also in jeder Beziehung auf den Mittelstand günstig wirken.

Wenn nun schon der Mittelstand mit der Personalsteuer zufrieden sein kann, so wird das um so mehr der Fall sein bei der großen Masse, die gezwungen ist, in der Großstadt ihr Leben zu verbringen. Diese wird immer enger zusammengepfercht, damit die vielen Hunderttausende, die Jahr für Jahr in die Großstädte strömen, auf dem engsten Raum untergebracht werden können. Die Wohnstätten für diese Menge bedecken immer weitere Gebiete an der Peripherie der Großstädte und geben diesen ihren abstoßenden Charakter. Unaufhaltsam dehnen sich die Häuserwälle auf das freie Land aus und begraben einen anmutigen Ort nach dem andern unter ihren Ziegelmassen. Jeder Großstädter, der als ein solcher geboren ist, wird wohl schon Bedauern darüber empfunden haben, daß alle die Stätten seiner Vaterstadt, an die sich vielleicht die glücklichsten Erinnerungen seiner Jugend knüpfen, vollständig vom Erdboden verschwinden. Wie einst das Haupt der Medusa, so wirkt die Großstadt auf ihre Umgebung; sie verwandelt alles in öde Steinhäufen, die Waldungen, die Felder und die Gärten. Nur mit großen Opfern vermag der Berliner Magistrat einige spärliche Däsen in der weiten Steinwüste der Riesengroßstadt zu erhalten. Wird die Vermehrung der Industrie in den Großstädten eingeschränkt, so würde hierin Wandel geschafft.

Daß bei den ungünstigen Lebensverhältnissen in den Großstädten ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung verkümmert, ist eine allgemeine Erscheinung. Zwar sind die Großstädte keine Menschenvertilger mehr wie in frühern Jahrhunderten. Die Sterblichkeit ist jetzt dank den vielfachen Verbesserungen in

hygienischer Beziehung in den Großstädten durchschnittlich nicht größer als in den übrigen Landesteilen. Dafür steht es aber mit den Geburtszahlen weniger günstig. Diese übertreffen allerdings in allen Großstädten die Sterbezahlen nicht wenig, auch in Berlin. Doch darf man sich hierdurch nicht täuschen lassen. Da die Einwanderung in die Großstädte vornehmlich im Alter vom fünfzehnten bis zum fünfundzwanzigsten Lebensjahre erfolgt, so ist das zeugungskräftige Lebensalter in ihnen bedeutend stärker vertreten, und deshalb müßten ihre Geburtszahlen wesentlich höher sein als in den übrigen Landesteilen. Auf diese Weise aber wird das tatsächliche Verhältnis des Absterbens der großstädtischen Bevölkerung zu dem Ersatz hierfür durch die alljährlich Gebornen verdeckt. Für Berlin ist nun von Boeckh, dem frühern Direktor des Berliner Statistischen Bureaus, nachgewiesen worden, daß in den Jahren 1886 bis 1895 die Zahl der Geburten um zehn Prozent hinter der zurückgeblieben ist, die nötig gewesen wäre, die Bevölkerung der Stadt Berlin ohne die Zuwanderung auf derselben Höhe zu erhalten. Die Einwohnerschaft Berlins würde also jedes Jahr um 10000 abnehmen, wenn keine Zuwanderung geschähe. Mit Hamburg wird es nicht viel anders bestellt sein, wohl aber ist dies bei den übrigen Großstädten der Fall. Sobald diese in etwa zwei Jahrzehnten zu Millionenstädten angewachsen sein werden, bedürfen auch sie voraussichtlich einer immer größern Zuwanderung, daß sie in ihrer Einwohnerzahl stationär bleiben. Da dann einerseits in den Städten immer mehr Menschen verbraucht werden, andererseits das Zufuhrgebiet für die Städte immer begrenzter und menschenleerer wird, so muß diese doppelt wirkende Ursache in kurzer Zeit eine rapide Verminderung der Bevölkerungszunahme zur Folge haben. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs wird dann stationär werden wie die Frankreichs, und in die alsdann entstehenden Lücken werden Ausländer eindringen, deren Vorhut die jetzt alljährlich einwandernden Landarbeiter des Ostens sind. Wenn die deutsche Volkskraft stark und gesund erhalten bleiben soll, muß also das Wachstum der Großstädte eingeschränkt werden.



Afghanistan

Schilderungen und Skizzen von Franz Kordon

(Fortsetzung)



ängs des Flusses ritten wir hierauf, von einem Begekundigen geleitet, durch mehr als mannshohes Schilf auf schmalen Fußsteigen aufwärts. Nach Verlauf einer halben Stunde kamen wir auf freies Feld und erreichten die Straße wieder, auf der wir eine Stunde später in Dschelalabad einritten. In einem Kiosk des Emirs, der von einem prächtigen großen Garten umgeben ist, wurde uns eine sehr schöne Wohnung angewiesen. Bald nach unsrer Ankunft empfingen wir den Besuch des Kommandanten von Dschelalabad, in dessen Gefolge mehrere